

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009

AntragstellerIn: **Reiner Priggen, Oliver Krischer u. a.**

TO-Gegenstand: **Resolution Atomenergie**



Antrags-Nr.:

A-1

Atomkraft - nicht schon wieder!

5 Ein Gespenst geht um in Europa. Die Atomkraft erlebt eine Renaissance der Ankündigungen. Angeblich sollen in Europa zahlreiche neue Atomreaktoren geplant sein und nur die Deutschen beharren auf ihrem Sonderweg des gesetzlich festgelegten Atomausstiegs.

Dabei ist die Neuauflage der Debatte offensichtlich von Interessen geleitet und verdrängt die vielfältigen Fakten, die alle gegen eine Neuauflage der Atomreaktoren sprechen.

10 **Die Interessenlage: Atomkraft nutzt nur den großen Stromkonzernen**

Atomkraftwerke sind strategisch genau das Gegenteil der benötigten Energiewende. Sie sind nur in sehr großen Einheiten möglich und nützen ausschließlich den großen Stromerzeugern RWE, EON, Vattenfall und EnBW. Kein mittelständisches Unternehmen, kein Stadtwerk käme auf den Gedanken einen Atomreaktor bauen zu wollen.

15 Insofern ist die Strategie einer Neuauflage der Atomreaktoren ein Ablenkungsmanöver von der massiven, zu Recht und viel zu wenig entschlossen geführten Debatte über die Strom- und Gasmonopole.

Lästige Konkurrenz für die Stromkonzerne: Kraft-Wärme-Kopplung ...

20 Auf der Tagesordnung steht eigentlich der massive Ausbau dezentraler Stromerzeugungsstrukturen. Allen voran die Stromerzeugung über Kraft-Wärme gekoppelte Anlagen, die bisher in Deutschland gemessen an ihren Potentialen nur ein Schattendasein führen.

25 Die Kraft-Wärme Kopplung ist eine dezentrale Technik. Hervorragend geeignet für mittlere und kleine Erzeugungsanlagen. Hervorragend geeignet für mittelständische Anbieter, für Stadtwerke, für Unternehmen, für Kommunen und für Private. Für die großen Strom- und Gasversorger ist sie eine lästige Konkurrenz.

30 Diese Konkurrenz versuchen die Großen jetzt mit der Debatte um Laufzeitverlängerung und Neubauten der nächsten Reaktorgeneration, wie auch mit der ebenfalls nur für die Großen Stromerzeuger geeigneten Debatte um die CO₂-Abscheidung und unterirdische Verpressung klein zu halten.

... und Erneuerbare Energien

35 Auf der Tagesordnung steht weiterhin der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Nur sie bieten die Gewähr einer dauerhaft sicheren Energieversorgung angesichts knapper werdenden fossilen Ressourcen, ohne die Risiken eines unverantwortlichen Klimawandels und einer auf zehntausende von Jahren sicher zu gewährenden Endlagerung, sei es von atomarem Müll oder von abgeschiedenem und eingelagertem CO₂.

40 **Speicherung und Netzintegration der Erneuerbaren - Blockade durch Konzerne**

Von interessierter Seite wird immer wieder die eingeschränkte zeitliche Verfügbarkeit der Erneuerbaren Energien als Argument für die Atomkraft genutzt. Natürlich ist auch uns Grünen bekannt, dass die Sonne nur tagsüber scheint und der Wind auch unterschiedlich stark bläst.

45 Die Frage der besseren Netzintegration der Erneuerbaren, die Frage einer intelligenteren Stromnutzung, die Frage einer besseren Speichertechnik sind aber nicht unlösbare Probleme, sondern praktische Herausforderungen für Ingenieurinnen und Ingenieure, die es anzunehmen und zu lösen gilt.

50 Aber auch die Lösung dieser Fragen liegt eben nicht im Interesse der großen Strom- und Gasmonopole. Deswegen gibt es bei ihnen und den sie stützenden politischen Kräften bisher keine Bereitschaft diese Fragen wirklich zu lösen.

Gas - Energieträger des Übergangs in KWK

Wir Grünen sind nicht so naiv zu glauben, es bräuchte für die nächsten Jahrzehnte keine Kraftwerke auf fossiler Basis mehr. Der Primärenergieträger für diese Übergangszeit bis zur 55 Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien wird Gas sein.

Das vielfach, wiederum von interessierter Seite beschworene Risiko einer zunehmenden Versorgungsabhängigkeit von russischem Importgas ist eine gewollte, gerade den deutschen Gasmonopolen dienende Strategie. Statt rund um das Ruhrgebiet, den größten Ballungsraum Europas einen Kranz von Kohlekraftwerken zu bauen, die 60% ihrer Energie nutzlos an die 60 Umgebung abgeben und gleichzeitig Millionen unzureichend gedämmter Wohnungen mit importierten russischen Erdgas zu beheizen, müssen wir unsere Gebäude energetisch sanieren und Strom- und Wärmeerzeugung mit dezentralen und hocheffizienten KWK-Anlagen in den Städten zusammenbringen.

65 **Eine neue von Gazprom/E.ON unabhängige Gasversorgungsstrategie**

Wir brauchen eine politisch gewollte, von den Interessen von Gazprom - E.ON unabhängige, an den Interessen der Gasverbraucher in Wirtschaft und Privathaushalten orientierte Gasversorgungsstrategie. Das heißt, mehr Gaslieferanten und mehr Gaslieferländer statt einseitiges Vertrauen auf E.ON und die russischen Gasreserven. Das heißt auch mehr 70 Wettbewerb im Gasmarkt und keinen Missbrauch der Gaspipelines durch die Netzeigentümer.

Beispielhaft für das Versagen einer breiter gestreuten Gasversorgungsstruktur ist der deutsche Umgang mit dem weltweit stärksten Gaswachstumsmarkt, dem Flüssigerdgas - LNG (liquefied natural gas). Deutschland ist das einzige westliche Industrieland Europas, das über keinen eigenen Zugang zum weltweiten LNG-Markt verfügt.

75 **Konzerne suggerieren weltweite Renaissance der Atomkraft**

Doch stattdessen versuchen die Energiekonzerne und ihre politischen Unterstützer den Atomausstieg rückgängig zu machen und den Bau neuer Atomkraftwerke in Deutschland zu ermöglichen. Dazu erwecken sie den Eindruck, überall in der Welt würden unzählige neue 80 Atomkraftwerke gebaut

Das Gegenteil ist der Fall: Es gibt keinen Bau-Boom für neue Atomkraftwerke. Was es seit einigen Jahren gibt, ist eine Renaissance der Ankündigungen zum Bau neuer AKW. Doch diesen sind in Europa und Amerika bis auf zwei Projekte in Finnland und Frankreich keine Bauentscheidungen gefolgt.

85 **USA: Seit 1979 kein neuer Reaktor mehr bestellt**

In den USA (104 AKW in Betrieb) wurde seit 1979 kein neuer Reaktor mehr bestellt. Schon die Pläne von Ronald Reagan, der die Renaissance der Atomkraft bereits 1981 in Aussicht stellte, konnten nicht realisiert werden. In den USA ging 1996 lediglich der Reaktor Watts Bar-1, das 90 teuerste Kernkraftwerk aller Zeiten, nach 23 Jahren Bauzeit ans Netz. Neuerdings wird der

Reaktor Watts Bar-2, für den der Startschuss im Dezember 1972 fiel, wieder als im Bau befindlich gezählt. Das ist allerdings das einzige Bauprojekt in den USA. Auch aus den mehrfach angekündigten Atomplänen von Georg W. Bush ist damit praktisch nichts geworden.

95 **Europa: Heute 31 AKW weniger als 1989**

Im Mai 2008 sind in der EU-27 insgesamt 146 Kraftwerksblöcke in Betrieb, 31 Blöcke weniger als auf dem Höchststand 1989. 2005 erfolgte die Schließung von zwei Anlagen (Deutschland und Schweden), 2006 von acht weiteren (vier in Großbritannien, zwei in Bulgarien und je einer in der Slowakei und in Spanien).

100 Die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEO) nennt für Europa derzeit zwei Reaktorblöcke, die sich im Bau befinden. Olkiluoto-3 in Finnland gilt als das Vorzeigeprojekt, im August 2005 wurde mit dem Bau begonnen, 2009 sollte Olkiluoto-3 ans Netz gehen. Bereits jetzt hat es so viele Verzögerungen beim Bau gegeben, dass mit einer Inbetriebnahme frühestens 2012 gerechnet wird. Statt der ursprünglich kalkulierten 3 Mrd. Euro wird inzwischen mit Baukosten in

105 Höhe von mindestens 4,5 Mrd. Euro gerechnet.

Seit Dezember 2007 wird offiziell ein weiterer Reaktor im französischen Flamanville gebaut. Auch dieser Reaktor soll angeblich 2012 ans Netz gehen.

China und Indien: AKW decken nur winzigen Anteil des Strombedarfs

110 Auch in Asien (vor allem Indien und China) gibt es viele Ankündigen und Beschlüsse, aber vergleichsweise wenige Bauprojekte. In Indien sind 17 kleine Reaktoren in Betrieb, die 2,6 Prozent des Strombedarfs des Landes decken. Die elf Atomkraftwerke in China erzeugen derzeit 1,9 Prozent des Stroms im Land, fünf weitere sind im Bau.

115 **34 Reaktorbaustellen - zum Teil Jahrzehnte alte Bauruinen**

Weltweit werden insgesamt 34 Atomkraftwerke als »im Bau befindlich« geführt (Stand Mai 2008), 11 davon stehen jedoch schon 20 bis 35 Jahre auf dieser Liste. An Atucha-2 in Argentinien wird seit 1981 gearbeitet, vier der sieben russischen Projekte wurden ebenfalls in den achtziger Jahren begonnen und sind bis heute nicht fertig gestellt. Das AKW Busheer in Iran wurde sogar 1975 begonnen. Bei diesen Projekten muss man wohl eher von Bauruinen als von Baustellen sprechen.

120

2008: Erstmals seit den 1960er Jahren kein Reaktor ans Netz gegangen

125 Weltweit ist von 1989 bis 2008 die Zahl der Reaktoren nicht einmal um einen Reaktor pro Jahr gestiegen, nämlich von 423 auf 438. 2002 gab es 444 Reaktoren, heute sind es sogar sechs weniger. Im Jahr 2008 ist erstmals seit den 1960er Jahren kein neues Atomkraftwerk ans Netz gegangen.

Bedeutung der Atomkraft wird weiter sinken

130 Heute sind die AKW im Durchschnitt schon 22 Jahre alt und viele Anlagen werden in den nächsten Jahren stillgelegt werden müssen. Allein um diese zu ersetzen, müssten bis 2015 etwa 90 neue AKW gebaut werden, und bis 2025 noch einmal um 200. Das wären alle 18 Tage ein neues AKW auf der Welt. Das halten selbst kühne Atomoptimisten für ausgeschlossen. So geht auch die atomkraftfreundliche Internationale Energieagentur (IEA) von einem deutlich sinkenden

135 Anteil der Atomkraft am weltweiten Primärenergiebedarf bis 2030 aus.

Atomkraft deckt 2 - 3% des Energiebedarfs - begrenzte Uranvorräte

140 Gerade einmal 2 - 3% des weltweiten Endenergiebedarfs wird durch die 438 in Betrieb befindlichen AKW gedeckt. Wollte man diesen Anteil verzehnfachen, um wirkliche Beträge zum Klimaschutz zu leisten, würde das den Bau tausender neuer Reaktoren bedeuten.

Das ist schon aufgrund der begrenzten Uranvorräte kaum möglich, denn bei gleichbleibendem Verbrauch sind die Vorräte ähnlich begrenzt wie die von Erdöl oder Erdgas: Bei gleich bleibendem Verbrauch geht man von Reichweiten zwischen 35 und 80 Jahren aus. Steigt der Verbrauch durch zusätzliche AKW, verkürzt sich der Zeitraum entsprechend.

145

Deutschland zu 100% auf Uranimporte angewiesen

Zum Betrieb seiner 17 AKW ist Deutschland zu 100% auf Uranimporte angewiesen. Diese kommen z. Zt. vor allem aus ehemaligen Atomwaffenbeständen Russlands. Über größere Vorräte an Natururan verfügen Kanada, Australien, Niger, Kasachstan, Namibia und Usbekistan. Angesichts dieser vollständigen Importabhängigkeit ist es schon zynisch, wenn Atomkraftbefürworter von einer "heimischen Energiequelle" oder der "versorgungssicheren Atomkraft" sprechen.

150

Brütertechnologie vollständig gescheitert

Der Traum vieler Atomlobbyisten ist der Einsatz der sog. „Brütertechnologie“, mit de-ren Hilfe sich die Uranvorräte theoretisch um das 60fache strecken ließen. Doch der Versuch des Einsatzes von Brutreaktoren ist wohl endgültig gescheitert: Die deutsche Anlage in Kalkar wurde nie in Betrieb genommen, das französische Pendant nach 178 Betriebstagen stillgelegt, und der japanische Brüter befindet sich nach mehreren Störfällen im „Dauerreparaturbetrieb“. Weitere großtechnische Anlagen gibt es auf der Welt nicht, und es sind auch keine geplant.

155

160

Atomkraft ist ineffizient und kein Beitrag zum Klimaschutz

Atomkraft ist zudem eine zentralistische Großtechnologie mit der ausschließlich Strom produziert werden kann, wobei zwei Drittel der erzeugten Energie als Abwärme verloren gehen. Deshalb setzt Atomkraft ein gut ausgebautes Stromnetz voraus, das es aber in vielen Ländern der Erde bis heute nicht gibt.

165

In Deutschland werden nur etwa 5 % des Endenergiebedarfs und etwa 22 % des Strombedarfs durch Atomkraft gedeckt (2007). Wollte man anspruchsvolle Klimaschutzziele (CO₂-Reduktion um 80% bis 2050) mit Atomenergie realisieren, so wären in Deutschland mindestens 60 (!) zusätzliche zu den derzeit vorhandenen 17 AKW erforderlich (Berechnung der Energie-Enquete des Bundestags im Jahr 2000).

170

Obwohl 2007 in Deutschland wegen diverser Störfälle und Wartungsarbeiten zum Teil über Monate bis zu sieben Atomkraftwerke gleichzeitig stillstanden, hat es keine Versorgungsengpässe gegeben. Im Gegenteil: 2007 hat Deutschland mehr Strom ins Ausland exportiert als jemals zuvor.

175

Die Risiken der Atomkraft werden verstaatlicht

Ohne staatliche Subventionen rechnet sich bis heute kein Atomkraftwerk. Das ist auch der Grund dafür, warum in den USA, Großbritannien u. a. keine neuen AKW gebaut werden, obwohl es grundsätzliche politische Unterstützung der Regierungen dafür gäbe. Neue Atomkraftwerke erfordern im Vergleich zu anderen Kraftwerken (Gas, Kohle, Erneuerbare) deutlich höhere Investitionen, was sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen unrentabel macht. Nur wo der Staat das Risiko übernimmt oder gleich selbst baut, kommt es zu AKW-Neubauten.

180

Das gilt im Grundsatz auch für Finnland: Der Bau des Reaktors dort rechnet sich nur in Folge von Staatsbürgschaften (u. a. Bayerische Landesbank), langfristigen Abnahmegarantien und eines Dumping-Angebots der Firma Arevea (ehemals Framatome/ Siemens), die damit beweisen möchte, dass der Bau von AKW auch in Europa wieder möglich ist.

185

Milliarden-Subventionen für deutsche AKW

Dass die 17 in Deutschland derzeit in Betrieb befindlichen AKW billigen Strom produzieren, liegt daran, dass die Anlagen längst abgeschrieben sind, die Entwicklung und die

190

Entsorgungsrückstellungen mit Milliarden-Beträgen subventioniert wurde und der Staat im Wesentlichen das Haftungsrisiko für Großhavarien übernimmt. Alle AKWs wurden mit erheblichen Subventionen des Staates gebaut. ExpertInnen schätzen, dass die Atomkraft allein in Deutschland insgesamt mit über 100 Milliarden Euro subventioniert wurde.

Leider geht diese Bevorzugung der Atomkraft bis heute weiter: Die milliardenschweren Rückstellungen der Atombetreiber für die Entsorgung des Atommülls und den Rückbau der AKW - geschätzte 30 Mrd. Euro - sind freie Finanzmanövriermasse der Konzerne und steuerfrei. Die Haftpflicht der Konzerne ist auf 2,5 Milliarden Euro begrenzt – nur ein verschwindender Bruchteil dessen, was bei einem mittelgroßen Atomunfall an Schäden entstehen würde. Voll versichert – wenn sich denn überhaupt eine Versicherung fände – müsste eine kWh Atomstrom mindestens einen Euro kosten.

Auch nach Tschernobyl: Immer wieder schwere Zwischenfälle

Forsmark, Brunsbüttel, Krümmel, Tricastin - immer wieder gibt es gefährliche Zwischenfälle und Unfälle. Und: Weltweit altern die Reaktoren. Die zwangsläufigen Alterungsprozesse erhöhen die Sicherheitsrisiken. Völlig ungelöst ist das Problem der terroristischen Gefahren. Kein einziger der heute weltweit 438 Reaktoren ist wirksam gegen den Absturz eines Großjets geschützt, die ältesten deutschen Kraftwerke- siehe Brunsbüttel - noch nicht einmal gegen ein Kleinflugzeug.

Die Tschernobyl-Katastrophe hat weite Teile Weißrusslands unbewohnbar gemacht und verursacht bei tausenden Menschen Krebs. Und je weniger AKWs weltweit in Betrieb sind, desto geringer ist die Gefahr, dass nukleares Material zu Kriegszwecken missbraucht wird oder Terroristen in die Hände fällt.

Endlagerfrage weltweit ungelöst

Fakt ist, bis heute hat kein Land der Erde die Endlagerfrage gelöst. Und mit jeder Tonne, die zusätzlich produziert wird, wird das Problem größer. Wir verbrauchen den Strom, die Lösung des Atommüllproblems überlassen wir unseren Kindern, Enkeln und deren Nachkommen. So hat z. B. Plutonium 239 eine Halbwertszeit von 24.110 Jahren, d. h. in diesem Zeitraum geht die radioaktive Strahlung um 50% zurück. Um die Dimension zu verdeutlichen: Wenn die Neandertaler AKWs betrieben hätten, müssten wir heute noch den Müll bewachen. Atomkraft ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Deshalb müssen wir die Endlagerfrage heute lösen. Vor allem aber müssen wir so schnell wie möglich aufhören, zusätzlichen Müll zu produzieren.

Symptomatisch: Staat muss für Desaster um "End"-Lager Asse aufkommen

Dass die Atomindustrie nicht in der Lage ist, den von ihr produzierten Atommüll sicher zu lagern zeigt das Beispiel des „End“-lagers Asse in Niedersachsen. In das Bergwerk sickert seit den 80 er Jahren Wasser ein und die in den letzten Jahrzehnten unkontrolliert abgelagerten rund 125.000 Fässer Atommüll gefährden das Grundwasser. Die Schachanlage muss aufwendig saniert und der Müll entfernt werden. An den Kosten in Höhe von voraussichtlich 2,5 Milliarden Euro beteiligt sich Atomindustrie nicht. Hierfür müssen nun die SteuerzahlerInnen aufkommen. Das hat der Bundestag aktuell mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD, und auch der FDP beschlossen. Im Falle von großzügigen Kostenübernahmen für die Atomindustrie scheint die FDP kein Problem mit Subventionen des Staates zu haben.

CDU/FDP in NRW: Wiederbelebung früherer Atomabenteuer

CDU und FDP erträumen in NRW eine Renaissance des Hochtemperatur-Reaktors, weil bei diesem Reaktortyp aus physikalischen Gründen angeblich kein größerer Unfall möglich sei. Eine aktuelle Studie kommt zum gegenteiligen Ergebnis. Weltweit ist kein kommerzieller Reaktor dieses Typs in Betrieb. Südafrika kündigt zwar seit Jahren an, einen HTR bauen zu wollen, doch das Projekt kommt dort nicht wirklich voran. Auch sonst hat niemand in der Welt an der in Jülich in den 1960er Jahren und von der NRW-Landesregierung heute wieder hoch gepriesenen Technologie wirkliches Interesse.

245

Mahnmale gescheiterter Atom-Abenteuer in Jülich und Hamm-Uentrop

250

Schließlich ist das Scheitern des HTR in NRW gleich zweimal zu besichtigen: Der Forschungsreaktor in Jülich wurde 1988 stillgelegt. Sein seitdem andauernder Rückbau wird die SteuerzahlerInnen mindestens 500 Mio. Euro kosten. Dabei ist die Entsorgung des hoch verstrahlten Reaktorkerns heute technisch nicht möglich und wird unseren Kinder und Enkeln überlassen.

255

Ähnlich der THTR in Hamm-Uentrop: Nach nicht einmal drei Jahren Betriebszeit, einem schweren und etlichen kleineren Zwischenfällen sowie Baukosten von über 2 Mrd. Euro, die im Wesentlichen die SteuerzahlerInnen getragen haben, wurde die Anlage ebenfalls 1988 stillgelegt. Seitdem wurden mindestens 400 Mio. Euro für den sog. „sicheren Einschluss“ aufgewendet. Frühestens 2027 kann wegen der heute noch viel zu hohen radioaktiven Belastung mit dem Rückbau begonnen werden, der dann Jahre dauern und wahrscheinlich Milliarden kosten wird. So sieht die Atomperspektive „THTR“ der NRW-Landesregierung in Wirklichkeit aus.

260

Keine neue Reaktoren irgendwann, sondern zukunftsfähige Arbeitsplätze jetzt

265

Gerade in Nordrhein-Westfalen, dem Land in dem seit 15 Jahren kein Atomreaktor mehr läuft, dass aber trotzdem noch Milliarden für die Entsorgung der Atomabenteuer von RWE und E.ON aufzubringen hat, brauchen wir dringend positives Regierungshandeln statt ständiger Regierungsverweigerung und Ausflüchte in nukleare Phantastereien.

Die 3E: Energieeffizienz - Energieeinsparung - Erneuerbare

270

Die sich vor dem Hintergrund der Ressourcenverknappung und des Klimawandels im Moment hervorragend entwickelnden weltweiten Zukunftsmärkte werden nicht von Atomreaktoren, sondern von den 3E, Energieeffizienz - Energieeinsparung - Erneuerbare Energien bestimmt.

275

Die 3 E sind von ihrem Wesen her dezentral und mittelständisch und erfordern eine Politik, die dezentral und mittelständisch denkt. Das ist das Gegenteil von der bisherigen an den Monopolisten RWE und EON orientierten Energiepolitik. Für die Monopole sind große Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke die profitabelsten Optionen. Für den Klimaschutz, für die mittelständischen Akteure und für die Stadtwerke sind dezentrale Anlagen, KWK, Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien die besten Optionen.

Effizienztechnologien sichern Märkte der Zukunft

280

Es geht dabei nicht nur um die Stromerzeugung mit Erneuerbaren Energien, es geht um die gesamte Palette industrieller Produkte und Produktionstechniken. Diejenigen, die als erste das 3-Liter und in der Folge das 1-Liter- Auto als technisch anspruchsvolles Fahrzeug auf den Markt bringen, werden Startvorteile auf den Weltmärkten haben. Diejenigen die die ressourcen- und energiesparendsten Produktionstechniken in der Chemie-, der Metallverarbeitenden- und der Nahrungsmittelindustrie entwickeln, werden im Weltmarkt besser präsent sein.

285

Atomkraft keine Antwort auf die Wirtschaftskrise

290

Wer glaubt, in der Wirtschaftskrise eine Auszeit für Klimaschutz und zukunftsgerichtete Energiepolitik nehmen zu können und auf Atomreaktoren als Lösung dieser Probleme verweist, verpasst genau diese Weichenstellung.

Was wir gerade jetzt vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Wirtschaftskrise brauchen, sind klare Zielsetzungen für Maßnahmen die zukunftsorientierte Arbeitsplätze jetzt erhalten und neu schaffen. Vertröstungen auf atomare Wolkenkuckucksheime in 15 Jahre helfen nicht weiter.

Grüne Projekte für die Konjunktur

295 Im Rahmen der Konjunkturprogramme halten wir im Energiebereich die folgenden Projekte in
 Nordrhein-Westfalen für vordringlich. Sie würden langfristig angelegt einen starken
 Beschäftigungsimpuls im Mittelstand auslösen und gleichzeitig den Kaufkraftabfluss für die
 Importe von Primärenergien deutlich reduzieren.

- 300 • Ein groß angelegtes Förderprogramm für die energetische Sanierung von öffentlichen
 und privaten Altbauten
- Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Nahwärmenetze anstelle des Neubaus
 von ineffizienten Kohlekraftwerken
- Ein Anreizprogramm zum Austausch von Nachtspeicherheizungen
- 305 • Der weitere konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich und
 verstärkte Forschungsbemühungen zur verbesserten Integration in die vorhandene
 Energieversorgungsstruktur
- Schaffung von konzernunabhängigen Gas- und Stromnetzgesellschaften für mehr
 Wettbewerb im Energiemarkt.

310 Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen werden in allen jetzt anstehenden Wahlkämpfen
 ihre ganze Kraft dafür einsetzen, dass es zu keiner Renaissance der Atomkraft kommt, sondern
 im Interesse der Menschen zum weiteren Ausbau einer verantwortbaren zukunftsfähigen
 Energieversorgungsstruktur.

315 Antragsteller:
 Reiner Priggen, KV Aachen
 Oliver Krischer, KV Düren

UnterstützerInnen:
 320 Martin-Sebastian Abel, KV Düsseldorf
 Petra Arndt, KV Lippe
 Harald Bayer, KV Wuppertal
 Manfred Beck, KV Gelsenkirchen
 Horst Becker, KV Rhein-Sieg
 325 Marco Becker, KV Rhein-Neuss
 Ralf Becker, KV Mönchengladbach
 Sigrid Beer, KV Paderborn
 Petra Berghaus, KV Düsseldorf
 Wolfgang Beuge, KV Gütersloh
 Anne Blaese, KV Mönchengladbach
 330 Norbert Czerwinski, KV Düsseldorf
 Reiner Daams, KV Solingen
 Richard Dammann, KV Coesfeld
 Erhard Demmer, KV Rhein-Neuss
 Marina Denkner, KV Höxter
 335 Katja Dörner, KV Bonn
 Thorsten Drewes KV Essen
 Stefan Engstfeld, KV Düsseldorf
 Heinz Entfellner, KV Lippe
 Vera Esders, KV Paderborn
 340 Herbert Falke, KV Höxter
 Friedrich Förster, KV Kleve
 Lissy Füllgraf, KV Wesel
 Bettina Fugh, KV Oberberg
 Elmar Gillet, KV Rhein-Erft
 345 Thomas Griese, KV Aachen
 Ewald Groth, KV Bochum
 Dery Gür, KV Duisburg
 Harald Grünau, KV Paderborn
 Eckart Grundmann, KV Coesfeld
 350 Henner Grutkamp, KV Siegen-Wittgenstein
 Kerstin Haarmann, KV Paderborn
 Viktor Hasse, KV Mettmann
 Fred Josef Hansen, KV Olpe
 Britta Hasselmann, KV Bielefeld
 355 Sybille Haußmann, KV Düren
 Horst Dieter Heidenreich, KV Aachen

A-1
 Bettina Herlitzius, KV Aachen
 Christian Hohn, KV Olpe
 Csilla Imre, KV Köln
 360 Alfred Jacobi, KV Minden-Lübbecke
 Angela Kalnins, KV Euskirchen
 Oliver Keymis, KV Rhein-Neuss
 Marlene Klatt, KV Steinfurt
 365 Maria Klein-Schmeink, KV Münster
 Ralf Klemm, KV Köln
 Arndt Klocke, KV Köln
 Gabriele C. Klug, KV Wesel
 Peter Knitsch, KV Mettmann
 Walter Knörzer, KV Aachen
 370 Ute Koczy, KV Lippe
 Ingo Kohlmorgen, KV Rhein-Neuss
 Norbert Kortlücke KV Paderborn
 Lars Kramm, KV Essen
 Arnd Kuhn, KV Rhein-Sieg
 375 Peter Kunze, KV Rhein-Erft
 Rainer Lagemann, KV Steinfurt
 Helga Lange, KV Gütersloh
 Ulrich Laubach, KV Mönchengladbach
 Jürgen Laufs, KV Düren
 380 Sylvia Löhrmann, KV Solingen
 Martina Maaßen, KV Viersen
 Hans Christian Markert, KV Rhein-Neuss
 Birgit May, KV Mönchengladbach
 Martin Mohme, KV Minden-Lübbecke
 385 Mehrdad Mostofizadeh, KV Essen
 Sabine Müller, KV Köln
 Gisela Nacken, KV Aachen
 Reiner Neumann, KV Duisburg
 Birgit Niemann-Hollatz, KV Gütersloh
 390 Jörg Obereiner, KV Ennepe-Ruhr
 Jürgen Pastowski, KV Gelsenkirchen
 Norbert Petau, KV Lippe
 Peter Plew, KV Oberhausen
 Thomas Reimeier, KV Coesfeld
 395 Johannes Remmel, KV Siegen-Wittgenstein
 Klaus Reuter, KV Ennepe-Ruhr
 Wolfgang Riesner, KV Minden-Lübbecke
 Hajo Schmitz-Kretschmer, KV Rhein-Sieg
 Daniela Schneckenburger, KV Dortmund
 400 Meinolf Schulte, KV Höxter
 Inge Schulze, KV Bielefeld
 Ruth Seidl, KV Heinsberg
 Friederike Seydel, KV Rhein-Erft
 Gerta Siller, KV Wuppertal
 405 Ulrich Slusarek, KV Wesel
 Margret Spönemann, KV Minden-Lübbecke
 Gudrun Sprenger, KV Herford
 Sigi Stange, KV Dortmund
 Barbara Steffens, KV Mülheim
 410 Carsten Steinert, KV Düsseldorf
 Susanne Stocks, KV Mettmann
 Horst Thelen, KV Köln
 Martin Tönnies, KV Dortmund
 Bettina Tull, KV Köln
 415 Susanne Ulmke, KV Hochsauerland
 Juliane Walz, KV Düsseldorf
 Gertrud Welper, KV Borken
 Ulla Weiß, KV Ennepe-Ruhr
 Rolf Wiederkehr, KV Coesfeld
 420 Karsten Weymann, KV Hamm
 Christian Winterberg, KV Wesel
 Harald Wölter, KV Münster
 Ursula Linda Zarniko, KV Solingen
 Gudrun Zentis, KV Düren